

Zürich, 13. Dezember 2023

Gemeinderat muss die Steuern endlich senken:

## Die Wohlstandskrise verlangt antizyklisches Verhalten

**Der Mittelstand ist spürbar unter Druck. Die Preise für Güter, Lebensmittel oder Energie sind überproportional gestiegen. Hinzukommt der Prämien-Schock bei den Krankenkassen und die Mietzinserhöhungen. Der Gemeinderat muss in einer solchen Wohlstandskrise seine Verantwortung wahrnehmen und antizyklisch handeln: Steigen die Lebenskosten so massiv an, müssen die Steuern entsprechend runter. Die SVP ist bei der Höhe der Steuersenkung kompromissbereit.**

Es gibt aktuell bis zu 20 Prozent mehr Betreibungen. Dies ist ein starkes Indiz, dass es für viele Familien kaum mehr zum Leben reicht. Auch der Mittelstand ist spürbar unter Druck. Die Wohlstandskrise ist also akut. Der Gemeinderat hat es nun in der Hand, die Bevölkerung finanziell zu entlasten. Die Zeit für Steuersenkungen ist längst überfällig. Allein in den Rechnungsjahren 2016 bis 2021 schloss die Stadt Zürich mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von rund 960 Millionen Steuerfranken ab. Dennoch verharren die ordentlichen Gemeindesteuern auf hohen 119 Prozent.

### Weniger Staat mehr Freiheit

Die Wohlstandskrise ist das Ergebnis von unklugen politischen Entscheidungen in der Innen- und Aussenpolitik. Ein starker Treiber ist die hohe Regulierungsdichte auf allen drei Staatsebenen. Viele Politiker meinen, alles bis ins kleinste Detail regeln und notfalls verbieten zu müssen. Dabei muss diesen staatsgläubigen Politikern klar sein, dass jede Regulierung der Wirtschaft schlussendlich immer die Konsumenten bezahlen. Personen mit tiefem Einkommen trifft dies besonders hart. Der Staat muss sich deshalb wieder auf seine Kernaufgaben besinnen und diese bürgernah und kostengünstig umsetzen. Wir brauchen zum Beispiel kein staatlichen Sportpalast für 400 Millionen Steuerfranken, wie dies in Oerlikon geplant ist.

### Die SVP will massive Steuersenkung

Die Politik soll die Bürger und die Wirtschaft möglichst in Ruhe lassen. Der Grundsatz muss wieder heissen: Weniger Staat mehr Freiheit. Problemlos lässt sich die Regulierungsdichte in der Stadt Zürich massiv abbauen – ohne dass dies im Alltag negativ spürbar ist. Die Menschen brauchen keine staatliche Betreuung in allen Lebensbereichen. Durch eine freiheitliche und bürgernahe Politik lässt sich problemlos eine dauerhafte Steuersenkung von 7 Prozentpunkte umsetzen. Wir können als Konjunkturprogramm für den Mittelstand diese auch nur für ein Jahr bewilligen. Die Festlegung des Steuerfusses findet jährlich während der Budgetdebatte statt. Der Mittelstand braucht in dieser Wohlstandskrise rasch mehr Kapital, also deutlich weniger Steuern.

### Schweizerischen Kompromiss finden

Deshalb zeigt sich die SVP bei der Höhe der Steuersenkung wie immer kompromissbereit. Die SVP fordert zwar mit aller Deutlichkeit eine Reduktion des Steuersatzes um 7 Prozentpunkte - wenn sich aber eine Mehrheit für eine Senkung auf 116 Prozentpunkte findet, wird die SVP mitmachen. Lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Sollten sich die linken Parteien aber aus ideologischen Gründen nicht zu einem Kompromiss durchringen können, so sind diese für die Zuspitzung der Wohlstandskrise verantwortlich.

Weitere Auskünfte:

**Gemeinderat Johann Widmer:** Rechnungsprüfungskommission, 076 386 86 86  
**Gemeinderat Samuel Balsiger:** Fraktionspräsident, 076 241 75 76